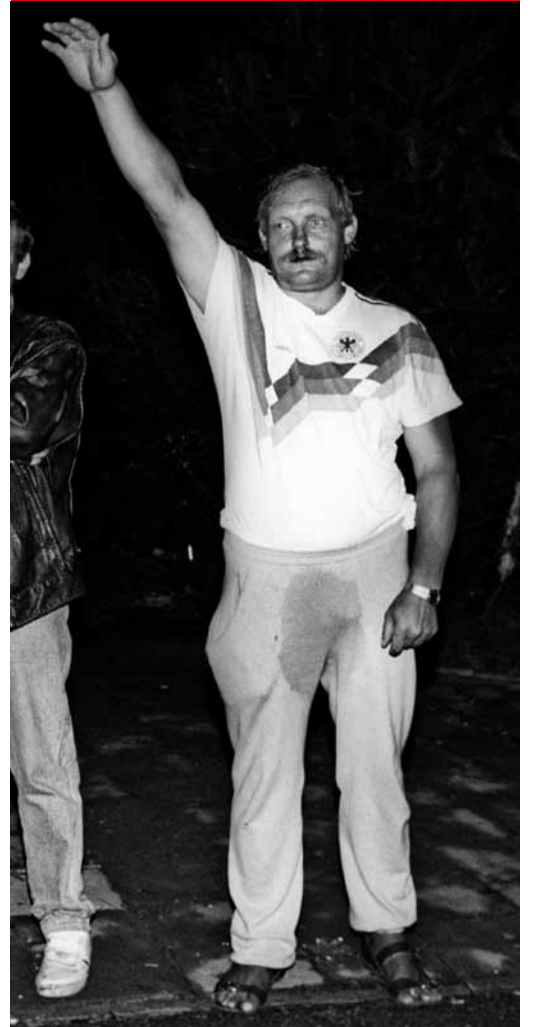


ERRMU TIGEN

№ 8



THEMA ROSTOCK-LICHTENHAGEN: 20 JAHRE DANACH

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

ROSTOCK-LICHTENHAGEN: DER BEGINN DES KAMPFES UM EIN »AUSLÄNDERFREIES DEUTSCHLAND«



Im August 1992 rotteten sich in Rostock tausende Menschen zusammen und begannen ihren Angriff auf Flüchtlinge. Ein harter Kern von Rechtsextremisten trieb die Pogrome voran, Anwohner und Neugierige jubelten. Dieser Beifall der ganz normalen Nachbarn und Bürger war ebenso erschreckend wie die

Tatsache, dass Polizei und Feuerwehr den Randalierern das Feld überließen. Eine üble, rassistische Debatte über die Abschaffung des Asylrechts durch verantwortungslose Politiker begleitete jene Nächte des Terrors. Bürger, Polizei und Politik schienen eins zu sein mit den randalierenden Nazis. Das Unrecht und der entfesselte Hass gegen Asylsuchende spülten den Rechtsstaat beiseite. Die Folgen waren verheerend und wirken bis heute nach.

Kapitulation vor dem Rassismus der Menge

Dass die Pogromnächte des ostdeutschen Mobs auf der politischen Agenda letztlich für die Gegner eines multiethnischen Deutschland nützlich waren, weil damit das Asylrecht eingeschränkt werden konnte, hat auf staatlicher Seite zementiert, dass rassistische Ausschreitungen sich lohnen können. Nicht das Selbstverständnis des demokratischen Rechtsstaates mit seiner Ethik stand in dieser Krise im Vordergrund, sondern parteipolitische und populistische Ziele. Statt die Opfer der Angriffe zu beschützen und dafür zu sorgen, ihre Rechte zu verteidigen, wich der Staat zurück. Indem er die traumatisierten Flüchtlinge und vietnamesischen Vertragsarbeiter aus Rostock-Lichtenhagen wegbrachte, viele sogar im Anschluss abschoß, hat der Staat vor dem Rechtsextremismus und dem Rassismus der Menge kapituliert. Die Parole der Nazis von damals: »Für ein ausländerfreies Deutschland« bildete die Grundlage einer Strategie, zunächst Ostdeutschland zu einer »National Befreiten Zone« zu machen. 1992 in Rostock hat der Staat dabei geholfen. Und bis heute gegen diese Strategie keinerlei Gegenoffensive unternommen.

Massive Drohkulisse

Über 20 Jahre nach den Pogromen von Rostock-Lichtenhagen ist der Osten dieses Landes tatsächlich »ausländerfrei« geblieben. Weniger als ein Prozent der Bevölkerung der Neuen Länder gehören sichtbaren Minoritäten an, im Vergleich zu mindestens 14% im Westen. Das ist kein Zufall und liegt auch nicht an der ökonomischen Entwicklung, denn wäre sie die Ursache, hätte sich hier längst vieles verbessert. Es liegt an der massiven Drohkulisse, aufgebaut und aufrecht erhalten durch massive rechtsextreme und rassistische Gewalt. Unter den Migranten und People of Color gilt Ostdeutschland nach wie vor als No-Go-Area. Niemand mag in eine Gegend ziehen, in der die Gefahr eines rassistischen Übergriffs oder Mobbings um ein vielfaches höher ist, als in den westlichen Teilen des Landes. Von der Politik und weiten Teilen der Gesellschaft unkommentiert, haben die Pogrome von damals und die Schwäche des Staates dazu geführt, dass ein Drittel des Territoriums der Bundesrepublik de facto »weiß« geblieben ist.

Unser aller Ziel für die nächsten 20 Jahre

Die Programme gegen Rechtsextremismus helfen gewiss dabei, sich mit dem Rechtsextremismus an sich auseinanderzusetzen. Bisher allerdings haben sie nicht dazu geführt, dass sich Bürger dieses demokratischen Rechtsstaates überall im Lande gleichermaßen bewegen und aufhalten können. Das muss unser aller Ziel für die nächsten 20 Jahre sein. Erst wenn Migranten und People of Color im Osten einen gleichen Anteil der Bevölkerung bilden wie im Westen, ist die Geschichte der Pogrome von Rostock vorüber. Bis dahin bleibt die Wunde von damals offen. Und das Versagen des Staates, so wie es sich jetzt auch bei dem Skandal um den NSU zeigt, ein Grundskandal des Rechtsstaates und der deutschen Gesellschaft, die solches auf ihrem Boden duldet. Deshalb müssen unsere Initiativen und Projekte sich nun offensiv gegen die Strategie eines »ausländerfreien Deutschland« wehren. Das sind wir allen Opfern von Mordanschlägen, allen Verletzten und Traumatisierten und uns selbst schuldig!

Anetta Kabane

»Man hat diesem Menschen nicht erlaubt, Opfer zu sein.« Der Rechtsanwalt Mehmet Daimagüler im Interview über die Taten des NSU, die NPD und Thilo Sarrazin.

(Seite 8)

»Jamel rockt den Förster«

»Little Woodstock« war im August zum sechsten Mal in Folge in Jamel angesagt! Jedes Jahr setzt das Ehepaar Lohmeyer den ortsansässigen Neonazis ein Rockfestival entgegen. Mit Hilfe der Amadeu Antonio Stiftung konnte dieses Jahr die marode Bühne der Lohmeyers ersetzt werden. Für ihr Engagement gegen Rechts erhielt das Ehepaar im Februar den Bürgerpreis der deutschen Zeitungen.



© bdzv

»Köfte Kasher«

Das Projekt »Köfte Kasher« sprayt gegen das Vergessen. Um den Todesopfern rechter Gewalt ein Gesicht zu geben, sprayen muslimische und jüdische Jugendliche Portraits von den Ermordeten auf ein Traföhäuschen mitten in der Bremer Innenstadt. »Wir wollen den Kindern Mut machen, ihr Selbstbewusstsein stärken und ihnen Zivilcourage beibringen«, so die Leiterin des Projekts. (Seite 6)



© Sahsine Ariker

»Rote Karte für Rassismus«

Fußballturniere gab es im Juni nicht nur bei der EM in Polen und der Ukraine, sondern auch in Berlin. Dort fand zum dritten Mal ein großes, interkulturelles Fußballtreffen statt. Neben dem Sport ging es dem Verein NARUD um ein bewusstes Zeichen gegen Rassismus und für ein respektvolles Miteinander und Wir-Gefühl im Kiez.



© flickr, mac.black

Kiel ist »Kein Ort für Neonazis«



Die »Kein Ort für Neonazis«-Aktion der Amadeu Antonio Stiftung wurde in Kiel sehr kreativ aufgegriffen. Seit März finden sich dort rund 500 Blechschilder an öffentlichen und privaten Gebäuden. Das erste »Kein Ort für Neonazis – Kiel gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus«-Schild hat Torsten Albig (SPD), der damalige Kieler Oberbürgermeister und jetzige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, persönlich am Rathaus befestigt. Er sprach von einem starken Zeichen für Demokratie und gegen Neonazis und appellierte an die Kieler Bürgerinnen und Bürger »Stärkt unsere Demokratie!«

Mit dieser Aktion setzt die Stadt Kiel flächendeckend auf Dauer im öffentlichen Raum ein symbolstarkes Zeichen. Das Nein zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus trifft auf breite Unterstützung. Vertreter der Jüdischen Gemeinde, der Türkischen Gemeinde und des Forums für Migrantinnen und Migranten sowie des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Hochschulen waren zum Auftakt der Aktion anwesend. Sie alle machen deutlich: Kiel ist kein Ort für Neonazis!

Anna Brausam
Foto: © Carsten Rehder, dpa

»Wir haben eine Flüchtlingsabwehrpolitik«

Wir sprachen mit Andrea Böhm über die Flüchtlingspolitik von damals und heute. Sie arbeitet als Redakteurin in der Politikredaktion der Wochenzeitung »DIE ZEIT« und ist Mitglied des Stiftungsrates der Amadeu Antonio Stiftung.



Foto: privat

Wie würden Sie die Asylpolitik der 90er Jahre politisch einordnen?

Es war keine Asylpolitik, es war eine Flüchtlingsabwehrpolitik. Und das ist bis heute so geblieben. Das ursprüngliche Grundrecht auf Asyl, also Artikel 16 des Grundgesetzes, war schon vor dem Mauerfall ins Visier der Politik geraten. Nach dem Mauerfall steigerten Politik und Medien die Rhetorik von den »Flüchtlingsschwemmen« und »Asylantenfluten«, die nun aus Osteuropa hereinbrechen würden. Die faktische Aushebelung von Artikel 16 im Jahr 1993 wurde immer wieder damit begründet, der einheimischen Bevölkerung sei diese »Belastung« nicht mehr zuzumuten. Tatsächlich aber zeigten sich Kommunen und Zivilgesellschaft erstaunlich fähig und solidarisch, als Anfang der 90er Jahre mehrere Hunderttausend Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien in Deutschland unterkamen. Sie wurden einigermaßen versorgt, ihre Kinder wurden eingeschult, Verbände, Kirchen und Immigrantengemeinschaften kümmerten sich um sie. Eigentlich eine Erfolgsgeschichte, etwas, worauf Deutschland durchaus stolz sein kann. War es aber nicht. Jedenfalls nicht die damalige Regierung Kohl. Statt diese Leistung symbolisch und politisch zu würdigen, ging es gleich nach Beendigung der Kriege im ehemaligen Jugoslawien vor allem darum, die Flüchtlinge möglichst schnell wieder loszuwerden. Seither nutzen deutsche Regierungen diese Erfahrung vor allem, um die immer dichtere Abschottung zu legitimieren.

Wie äußert sich diese Politik der Abschottung gegenüber Flüchtlingen aktuell?

Sie begann mit der Einführung der »Drittstaaten-Regelung«, wonach Flüchtlinge in Deutschland nicht mehr Asyl beantragen können, wenn sie über ein anderes EU-Land eingereist sind. Das ist inzwischen auch europäische Praxis. Wer auf dem Landweg flüchtet – und das tun die meisten Flüchtlinge, der muss im ersten EU-Land Asyl beantragen, dessen Boden er betritt. Die reicheren Kernländer haben so den Flüchtlingsschutz an den Rand Europas verschoben. Die ärmeren Länder, wie beispielsweise Griechenland, werden mit den Flüchtlingen alleingelassen. Und auch nach dem arabischen Frühling scheint die EU vor allem garantieren zu wollen, dass die neuen Regierungen in Tunesien oder Libyen ihre Aufgaben als »Türsteher« Europas erfüllen, die man mit den Vorgänger-Regimes vereinbart hatte. Ein zentraler Pfeiler des europäischen Selbstverständnisses – der Menschenrechtsschutz – wird so ausgehöhlt. Folglich haben wir uns auch längst daran gewöhnt, dass jedes Jahr unzählige Menschen im Mittelmeer ertrinken bei dem Versuch, nach Europa zu kommen.

Wie beurteilen Sie die aktuelle Lebenssituation von Asylsuchenden in Deutschland?

Sie ist erniedrigend. Die konkrete Behandlung von Asylsuchenden in Deutschland, insbesondere von behördlicher Seite, zielt darauf ab, ihnen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Das Bundesland Bayern nennt das explizit »Förderung der Bereitschaft zur Rückkehr«. Diese Klauseln sind ein Vorsatz zur Verletzung von Menschenwürde. Immerhin schlagen deutsche Gerichte jetzt Alarm. Dass Asylsuchende deutlich niedrigere Sozialsätze erhalten als Hartz-IV-Empfänger, hält offenbar auch das Verfassungsgericht nicht für hinnehmbar.

Die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen im Sommer 1992 haben weltweit schockiert. Wie kann sichergestellt werden, dass sich derartiges nicht mehr wiederholt?

Rostock-Lichtenhagen – 20 Jahre danach sollte als Anlass genommen werden, den Ist-Zustand deutscher Asylpolitik ins Bewusstsein von Politik und Zivilgesellschaft zurückzubringen. Wenn ein Staat durch seine Politik signalisiert, dass die Würde bestimmter Menschen nicht schützenswert ist, dann senkt er auch die Hemmschwelle zur Gewalt gegen diese Menschen.

Das Interview führte Anna Brausam

KURZMELDUNGEN

Broschüre über rechten Alltagsterror



Die Selbstenttarnung des NSU versetzte Politik und Behörden in Aufruhr. Dem Engagement gegen Rechtsextremismus wurde sogleich Unterstützung zugesichert. Aber wie sieht es in der Realität aus? Die brandneue Broschüre »Das Kartell der Verharmloser. Wie deutsche Behörden systematisch rechtsextremen Alltagsterror bagatellisieren« zeichnet ein realistisches Bild rechter Alltagskultur und zeigt auf, welche Hindernisse dem zivilgesellschaftlichen Engagement gegen Neonazis entgegenstehen.

»ju:an – Jugendarbeit gegen Antisemitismus und andere Ungleichwertigkeitsideologien«



Wie lassen sich Jugendliche dazu motivieren, sich in ihrer Freizeit mit Themen wie Antisemitismus, Rassismus oder Homophobie auseinanderzusetzen? Und wie können Einrichtungen der offenen Jugendarbeit diesem Problemfeld begegnen? Hierzu erprobt die Stiftung seit Dezember 2011 in einem überregionalen Modellprojekt gemeinsam mit Jugendfreizeiteinrichtungen aus Berlin und Hannover langfristige angelegte Strategien.

Nazis im Netz? Gefällt mir nicht!



Seit den »Internationalen Wochen gegen Rassismus« im März 2012 zeigt Facebook gemeinsam mit Netz gegen Nazis und no-nazi.net, was es von Nazis in seinem Netzwerk hält - nichts! Ein gemeinsamer Flyer klärt auf, was User/innen gegen Nazis auf Facebook tun können. Der Flyer von Laut gegen Nazis, Netz gegen Nazis, no-nazi.net und Facebook wurde in einer Print-Auflage von 100.000 Stück erstellt und steht unter no-nazi.net zum Download bereit.

»held/in dorf« gesucht!



Das Projekt der Amadeu Antonio Stiftung »Region in Aktion – Kommunikation im ländlichen Raum« und der Verein Schloss Bröllin suchen Identifikationsfiguren, die andere durch ihr bürgerschaftliches Engagement zum Mitmachen inspirieren. Die Heldinnen und Helden werden in einer Zeitungsserie im Nordkurier vorgestellt und am 8. September einem breitem Publikum auf einer Busreise durch die Dörfer präsentiert.

Foto: © René Fietzek

Klima des Hasses

Als Neonazis 1992 in Rostock-Lichtenhagen wüteten, schockierte vor allem der jubelnde Applaus tausender Bürgerinnen und Bürger. Die rassistischen Ausschreitungen jähren sich dieser Tage zum 20. Mal. Anlass genug für einen Besuch in der Hansestadt.



© Martin Langer

August 1992. Über mehrere Tage werfen Neonazis, Jugendliche und »ganz normale Bürger« Steine und Brandsätze in die Wohnungen vietnamesischer Vertragsarbeiter und die Zentrale Aufnahme- und Unterbringung für Asylsuchende. Begleitet von Rufen wie »Deutschland den Deutschen – Ausländer raus« brandet immer wieder Beifall auf, für die ungebremsste Aggression, den unverhohlenen Rassismus. Die Polizei schaut zu, greift nicht ein und versperrt der Feuerwehr den Weg. Ganz Deutschland verfolgt live im Fernsehen, wohin die menschenverachtende Hetze von Politik und Medien führen kann. Die von rassistischen Ressentiments geprägte »Asyldebatte« befeuert den tief verwurzelten Hass vieler Deutscher auf »die Ausländer«.

Eine gesellschaftliche Stimmung, die den Angreifern von Lichtenhagen eine Legitimation vermittelt: »Wir führen nur das aus, was sich alle wünschen!«

20 Jahre später

Zwanzig Jahre später. Im »Freigarten« des Peter-Weiss-Hauses in Rostock ist nicht viel los. Kein Wunder, es ist noch früh am Tag. Später wird hier buntes Treiben herrschen, auf dem großen Grill werden Würstchen und vegane Burger brutzeln, im großen Saal geben die »Breitlings« ein Konzert. Seit 2009 ist das Haus ein Ort, der Menschen aller Altersgruppen, unterschiedlicher Herkunft, Meinung und Bildung zusammenbringt und zudem verschiedene gemeinnützige Bildungs- und Kulturträger unter einem Dach vereint. Auch »Soziale Bildung e.V.« (SoBi) hat hier sein Büro. Der Verein ist vor allem in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung tätig, organisiert Workshops, Filmabende und Lesungen. Der »Politische Donnerstag« bietet jede Woche allen Interessierten die Möglichkeit, eigene Themen einzubringen und zu diskutieren.

Christoph Schützler ist seit Jahren bei SoBi engagiert. Als die rassistischen Ausschreitungen Rostock-Lichtenhagen traurige Berühmtheit verschafften, waren er und seine Freunde damit beschäftigt, ein Asylbewerberheim bei Güstrow vor neonazistischen Angriffen zu schützen. »Die bundesweite, antirassistische Demonstration am 29. 8. 92 in Rostock-Lichtenhagen war meine erste große Demo«, erzählt er.

»Viele Jugendliche wissen gar nicht, was damals in ihrer Stadt geschehen ist«

Das Thema hat ihn bis heute nicht losgelassen. Gemeinsam mit dem SoBi-Team hat er ein Projekt, anlässlich des 20. Jahrestages des Lichtenhagener Pogroms, entwickelt. »Viele Jugendliche wissen gar nicht, was damals in ihrer Stadt geschehen ist«, sagt Jule, eine Kollegin. Das Projekt von SoBi ist eines von zwei Projekten, das die Amadeu Antonio Stiftung fördert, damit die Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen nicht in Vergessenheit geraten. In Workshops sollen Schülerinnen und Schüler für das Thema sensibilisiert werden. Entscheidend sei vor allem, zu verstehen, dass die Pogrome nicht aus dem luftleeren Raum entstanden. »Das damals war eingebettet in einen gesellschaftlichen Kontext, für den nicht zuletzt die Politik verantwortlich war.« Der nationalistische Taumel nach der Wiedervereinigung der 1990er Jahre, der ein



Der »Freigarten« des Peter-Weiss-Hauses in Rostock

Klima des Hasses schuf, der Rassismus alltäglich werden ließ, wird bis heute weitgehend verschwiegen. Die Leute von SoBi wollen sich damit nicht abfinden. »Wir müssen uns auch fragen: Wie wird heute mit Asylsuchenden umgegangen?«, sagt Christoph Schützler. Er sieht alles andere als hoffnungsvoll aus, als er betont: »Das Thema ist immer noch brandaktuell!« Die rassistische Grundstimmung, die den Mob damals explodieren ließ, sei noch lange nicht beseitigt.

Sonnenblumenhaus – Fehlende Erinnerung

Ortswechsel. Nur wenige Meter vom Bahnhof Rostock-Lichtenhagen entfernt, ragt das Sonnenblumenhaus in den Himmel. Nichts verrät, was hier vor zwei Jahrzehnten passierte. An den Autos vor dem Baumarkt wehen kleine Deutschlandfahnen, zwei Grundschüler spielen auf dem Parkplatz. Ob sie jemals erfahren werden, dass an genau dieser Stelle einst tausende Menschen einen rassistischen Gewaltexzess bejubelten? Bislang erinnert nichts daran. Keine Tafel, kein Gedenkstein, kein Mahnmal. Initiativen, die für einen würdigen Gedenkort kämpfen, blieben bis heute ohne Erfolg. Dass die Stadt dieser Tage erklärt, es sei »etwas in Planung«, ist ein Anfang. Ein erster Schritt nach zwei Dekaden.

Ein fatales Signal für die Gesellschaft

Und die Neonazis? Bis heute feiern Rechtsextreme die Vorfälle von Lichtenhagen als einen ihrer größten Erfolge. »Für die Neonazis ist das bis heute ein Ereignis, wo sie in die Gesellschaft hineinwirken konnten, sie etwas erreichten«, sagt Jule von SoBi. Die große Zustimmung, aber auch die mangelnde öffentliche Sanktionierung werten die Rechten noch immer als Beweis für den »wahren Volkswillen«. Die meisten Täter von damals wurden nie zur Rechenschaft gezogen. Nur 40 Jugendliche wurden verurteilt, nur vier von ihnen erhielten Haftstrafen ohne Bewährung. Auf politischer Ebene gab es neben einzelnen Rücktritten von Politikern keine Konsequenzen. Die Ausschreitungen stellten letztlich die Legitimation für eine Änderung des Grundgesetzes dar, wodurch das Recht auf Asyl massiv eingeschränkt wurde. Ein weiterer Erfolg für die Rechtsextremen und ein fatales Signal für die Gesellschaft. Davon auszugehen, dass Pogrome gegen Asylsuchende oder Menschen mit Migrationshintergrund der Vergangenheit angehören, dass sich Szenen wie in Rostock-Lichtenhagen nicht wiederholen könnten, ist ein verhängnisvoller Irrtum.

Rostock-Lichtenhagen als mahnendes Zeichen



Schauplatz der Pogromnächte: Das Sonnenblumenhaus

Aktuell reicht ein Blick nach Leipzig, um diesen naiven Fehlschluss aufzudecken: Die Entscheidung der Stadt, eine völlig marode Sammelunterkunft für Asylsuchende zu schließen und die Menschen in kleinen Wohneinheiten, dezentral in Leipzig unterzubringen, rief sogleich wütende Bürgerinnen und Bürger auf den Plan. »Wir haben ja nichts gegen Ausländer, aber...«, argumentieren diese und lassen dann unverhohlenen rassistische Vorurteile vom Stapel, die beim angeblichen Wertverlust ihrer Grundstücke anfangen und bei Angst vor Krankheiten, Kriminalität und der Gefährdung der Kinder nicht Halt machen.

Leipzig zeigt, wie wichtig es ist, auch »20 Jahre danach« über die Pogrome in Rostock-Lichtenhagen als mahnendes Zeichen zu sprechen, denn weder in Leipzig noch anderswo, darf Derartiges wieder passieren. Der Kampf gegen den alltäglichen Rassismus ist dabei die beste Prävention. Denn wer die Geschichte kennt, kann Ideen entwickeln, wie Vergleichbares in Zukunft zu verhindern ist.

Anna Brausam, Diana Buhe und Ulla Scharfenberg

VERANSTALTUNGEN RUND UM DEN JAHRESTAG DES POGROMS:

3. August 18 Uhr: Film- und Diskussionsnacht zu den Lichtenhagen-Pogromen im Peter-Weiss-Haus

www.lichtenhagen-2012.de

22., 23. und 24. August 20 Uhr: Theatervorstellung »Bis zum Anschlag« im Peter-Weiss-Haus

25. August 14 Uhr: Bundesweite Demo im Gedenken an die Pogrome von Lichtenhagen, S-Bahnhof Lütten-Klein

25./26. August: Themenwochenende des Bündnisses »Lichtenhagen bewegt sich«

Infos unter: www.lichtenhagen-bewegt-sich.de

Quedlinburg – Ein Ort unter vielen

Anfang September 1992 greift ein rassistischer Mob aus organisierten Neonazis und anpolitisierten Jugendlichen über mehrere Tage das Asylbewerberheim in Quedlinburg an. Hunderte Bürgerinnen und Bürger der Stadt klatschen Applaus und feuern die Angreifer an. Die Polizei bleibt weitgehend untätig.



Foto: privat

»Alles lief nach Rostocker Vorbild«, schreibt das Nachrichtenmagazin »DER SPIEGEL« über die Ereignisse, an deren Ende die Vertreibung der Asylsuchenden aus Quedlinburg steht.

Doch wurde in Quedlinburg wirklich nur das Rostocker Vorbild im Kleinstadtmaßstab in Szene gesetzt? Oder griff der rassistische Mob, bestehend aus Nazis und der fremdenfeindlichen Mitte der Gesellschaft, nicht eher auf eigene Erfahrungen und vorbildhaft wirkende Ereignisse aus der eigenen Umgebung zurück? Schon im September 1989 attackierten in Dessau hunderte Fußballfans ein Wohnheim für »Vertragsar-

beiter« aus Angola. Steine flogen und Rufe wie »Neger raus!« erschallten. Ab 1990 reißt die Kette rassistischer Angriffe auf dem Gebiet des heutigen Sachsen-Anhalt dann nicht mehr ab. In Magdeburg, Klötze, Dessau, Aschersleben, Wallendorf, Weißenfels, Hecklingen, Schafstädt, Schwanefeld, Stendal, Oschersleben, Wansleben am See und vielen anderen Orten kommt es zu Angriffen und teils pogromartigen Ausschreitungen. Angeheizt durch einen bundespolitischen Diskurs, der von »Asylantenschwemme« und der »Gefahr massenhafter Einwanderung in die deutschen Sozialsysteme« sprach, wurde auch im Landtag von Sachsen-Anhalt ein Gesetz zur zentralen Zwangsunterbringung von Flüchtlingen verabschiedet. In der Landtagsdebatte zeigt nicht nur der spätere CDU-Innenminister des Landes, Klaus Jeziorsky, Verständnis für fremdenfeindliche Ressentiments. Er könne verstehen, »dass dadurch durchaus Fragen laut werden, dass für viele Deutsche noch nicht alles geregelt ist und sich Regierung und Landtag nur noch um Ausländer kümmern«. Der CDU-Landtagsabgeordnete Manfred Thon schürt die Sorge, dass potenziell hunderttausende Asylsuchende nach Sachsen-Anhalt einwandern könnten.

Quedlinburg selbst war nach dem Pogrom praktisch »ausländerfrei«, wie in einer Broschüre aus Anlass der zehnjährigen Wiederkehr der Ereignisse von 1992 zu lesen ist. Die im Haus lebenden Migrantinnen und Migranten wurden »zu ihrem

eigenen Schutz« evakuiert und in andere Städte verbracht. Die Migrationsquote in ganz Sachsen-Anhalt liegt heute bei 1,8 Prozent.

Permanente und von der breiten Mehrheitsgesellschaft mitgetragene und beklatschte Angriffe auf Migrantinnen und Migranten gehören seit Mitte der 1990er-Jahre der Vergangenheit an. Rechte Gewalt, rassistische Angriffe und fremdenfeindliche Ressentiments sind aber leider immer noch alltäglich. Seit 1990 wurden in Sachsen-Anhalt mindestens 13 Menschen von Neonazis oder aus rechten Motiven heraus getötet. In den vergangenen fünf Jahren gab es im Durchschnitt jedes Jahr rund 160 bekannt gewordene rechte Angriffe. Dass in Quedlinburg im September 2012 mit einer Veranstaltungsreihe und durch ein lokales Geschichtsprojekt an die Ereignisse vor 20 Jahren von 1992 erinnert werden soll, ist ein wichtiger Schritt. Es bleibt zu hoffen, dass sich daran viele Bürgerinnen und Bürger beteiligen.

Sebastian Striegel ist Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt und regional zuständig für den Saalekreis.

Mehr Informationen zur Woche der Erinnerung an die Rassistischen Pogrome in Quedlinburg finden Sie auf: www.reichenstrasse.de

Amadeu-Antonio-Straße – Mehr als eine symbolische Geste

Seit Monaten streitet die Stadt Eberswalde über die Umbenennung einer Straße nach dem ermordeten Angolaner Amadeu Antonio im Jahre 1990. Er war eines der ersten Todesopfer rechter Gewalt nach der Wiedervereinigung. In dem Bemühen um eine Straßenumbenennung offenbart sich eine unwürdige Diskussion um ein würdiges Gedenken.

Amadeu Antonio trifft in der Nacht zum 25. November 1990, nach einem Besuch mit Freunden im Lokal »Hüttengasthof« in Eberswalde, auf circa 50 Neonazis. Eine Hetzjagd auf Amadeu Antonio und seine Freunde beginnt. Mit Zaunlatten und Baseballschlägern schlägt der Mob brutal auf sie ein. Bei dem Versuch zu fliehen, teilt sich die Gruppe. Amadeus Freunde können entkommen. Er selbst jedoch nicht. Der angolanische Vertragsarbeiter wird von rund zehn Neonazis weiter verfolgt, brutal geschlagen und ins Koma getreten. Elf Tage später, ohne je das Bewusstsein wiedererlangt zu haben, stirbt Amadeu Antonio.

»Tabulose Debatte«

Am 12. August, wäre sein 50. Geburtstag gewesen, wäre er nicht Opfer eines rassistisch motivierten Verbrechens geworden. Anlässlich dieses Datums hatten der Eberswalder Verein Palanca und die Initiative »Light me Amadeu« den Vorschlag, mit Hilfe von Bündnis 90/Die Grünen, in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, ein Teilstück der Eberswalder Straße, dem Tatort, in Amadeu-Antonio-Straße umzubenennen. Dieses Bemühen löste bei nicht wenigen Bürgerinnen und Bürgern eine unwürdige Diskussion, um ein würdiges Gedenken aus. Zwei politische Verantwortliche der Stadt scheuten sich nicht, eine »tabulose Debatte« zu fordern. Welche Tabus dabei gebrochen werden sollten, blieb unklar. Klar ist jedoch, dass die Mitglieder der neugegründeten Initiative gegen die Straßenumbenennung oftmals unverhohlenen rassistische Stereotype äußern.

(K)ein bloßes Lippenbekenntnis?

Der Protest gegen eine Amadeu-Antonio-Straße wurde mittlerweile so groß, dass die Stadt ihr Vorhaben aufgab, das neue Straßenschild am 50. Geburtstag Antonios feierlich zu enthüllen. Eine Entscheidung, wie und in welcher Form in Zukunft öffentlich an Amadeu Antonio gedacht werden soll, wird nun wahrscheinlich auf Ende September vertagt – die Straße bleibt eine Option für später. Dass die politischen Verantwortlichen nun ein Antirassismuskonzept erarbeiten wollen, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Das Konzept eines »weltoffenen Eberswalde« darf allerdings kein bloßes Lippenbekenntnis bleiben. Vielmehr muss sich die Stadt in Zukunft konstruktiv mit gegenwärtigen alltagsrassistischen und menschenfeindlichen Einstellungen auseinandersetzen. Denn alltagsrassistische Stereotype bilden den Nährboden für menschenverachtende Taten.



Eberswalde braucht mehr als einen Gedenkstein an einer kaum beachteten Kranzniederlegungsstelle

Asylsuchende am Rande der Gesellschaft

Wie wichtig ein Antirassismuskonzept ist, zeigt die Tatsache, dass Amadeu Antonio kein Einzelfall geblieben ist. Knapp zwei Jahre später, am 26. August 1992, griff die militante »Kameradschaft Eberswalde« das örtliche Flüchtlingsheim an. Nur einen Tag zuvor ging der Pogrom auf ein Asylbewerberheim in Rostock-Lichtenhagen zu Ende. Um »ein zweites Rostock« zu verhindern, sind die Asylsuchenden in Eberswalde evakuiert worden. Damals wurden sie in ein ehemaliges DDR-Ferienlager in Althüttendorf gebracht, welches abgeschieden im Wald liegt. Doch auch hier waren sie vor Angriffen nicht geschützt. Bereits vier Monate später, am 1. Dezember 1992, gab es einen weiteren Brandanschlag auf das Flüchtlingsheim. Eine Baracke wurde völlig niedergebrannt. Bis zum heutigen Tag leben Asylsuchende in Eberswalde in diesen Baracken – in einem desolaten Zustand und in isolierter Lage. Die Stadt hat es seitdem nicht geschafft, die

Asylsuchenden zurück ins Zentrum zu holen. Im Gegenteil: Im Jahr 2010 wurde entschieden, dass das Flüchtlingsheim Althüttendorf für mindestens weitere fünf Jahre betrieben wird. Die beiden Angriffe wirken somit bis heute nach. In Eberswalde befinden sich Asylsuchende damit nicht nur im übertragenen Sinne am Rande der Gesellschaft. Wenn sie nur weit genug aus dem Stadtgebiet ausgesiedelt sind, muss die Stadt ihre eigene Verantwortung für die Angriffe auch nicht weiter reflektieren. Kai Jahns von der Kampagne »Light me Amadeu« sieht in der Straßenumbenennung deshalb mehr als eine symbolische Geste. Vielmehr werden dadurch auch die Angriffe auf das Asylbewerberheim in den 1990er Jahren in das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gerückt: »Die Eberswalder Straße ist geeignet, weil dort in unmittelbarer Nähe vor 20 Jahren ein Übergangsheim für Flüchtlinge abgebrannt ist.«

Ein Zeichen setzen

Mit der Straßenumbenennung am 12. August hätte Eberswalde ein Zeichen setzen können, nicht nur das Gedenken an Amadeu Antonio angemessen zu würdigen, sie hätte in diesem Kontext auch die Chance wahrnehmen können einen mutigen Schritt zu gehen und ein anderes dunkles Kapitel ihrer Stadtgeschichte aufzuarbeiten. Die Umbenennung wäre »ein starkes Signal, um Rassismus zu erkennen und ins Bewusstsein zu rücken. Ein kräftiger Impuls, der von vielen Menschen wahrgenommen werden wird«, so Palanca e.V. und »Light me Amadeu«. Wir sind alle in der Pflicht, entschieden gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit vorzugehen und uns mit Menschen, die Ausgrenzung erfahren und Opfer rechter Gewalt werden, zu solidarisieren. Denn ohne Rassismus könnte Amadeu Antonio am 12. August 2012 seinen 50. Geburtstag feiern.

Anna Brausam



Nähere Informationen zu Veranstaltungen anlässlich des 50. Geburtstags von Amadeu Antonio am 12. August 2012 finden Sie unter: www.amadeu-antonio.de

Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag



Frauen und Kinder in der rechten Szene sind keine Seltenheit, deshalb ist es umso wichtiger Erzieherinnen und Erzieher im Umgang mit Rechtsextremismus zu schulen.

Die Zeiten, in denen Neonazis vor allem durch militante Aufmärsche auffielen, sind lange vorbei. Sie besetzen zunehmend gesellschaftspolitische Themen und versuchen mit geänderten Strategien sich neue Wirkungskreise zu erschließen. Dabei geben sie sich betont harmlos und angepasst. Die Neonazis engagieren sich ganz bewusst im ländlichen Raum:

Sie bieten Hausaufgabenbetreuung an oder lassen sich als Elternvertreter wählen. Aber auch im Bereich der Kleinkindpädagogik werden Erzieherinnen und Erzieher verstärkt mit rechtsextremistischen Einstellungen konfrontiert. Die neue Broschüre »Demokratie ist (k)ein Kindergeburtstag« der Amadeu Antonio Stiftung ist eine umfangreiche Hand-

reichung für Kindertagesstätten im Umgang mit Rechtsextremismus. Unter anderem werden Fortbildungsprogramme vorgestellt, bei denen zentrale Fragen besprochen werden, wie: Woran erkennt man überhaupt Rechtsextreme? Wie soll man diesen Einstellungen begegnen?

Die Broschüre, die im Rahmen des Projekts »Lola für Ludwigslust« entstand, widmet sich dabei schwerpunktmäßig dem Ansatz der geschlechterreflektierten Arbeit. Geschlechterreflektiert zu arbeiten, muss erlernt werden - die eigene Haltung kritisch zu hinterfragen ebenso. »Geschlechtergerechtigkeit ist als ein Merkmal der Demokratie zu verstehen«, sagt Anne-Rose Wergin, Autorin der Broschüre: »Zum einen bietet eine geschlechterreflektierte Pädagogik Mädchen und Jungen gleichermaßen in der Entwicklung Chancen und Möglichkeiten, zum anderen lernen Kinder Respekt und Toleranz im Umgang miteinander«. Für eine wirksame Rechtsextremismus-Prävention spielen viele Komponenten eine Rolle. Mädchen und Jungen geschlechterreflektiert zu erziehen ist eine davon. Die Broschüre möchte Erzieherinnen und Erziehern dabei unterstützen und ihnen mit praktischen Tipps zur Seite stehen.

Diana Bube
Foto: © Recherche Nord

Interessierte können die Handreichung bei der Amadeu Antonio Stiftung bestellen oder eine PDF-Version auf www.amadeu-antonio-stiftung.de herunterladen.

Ein wichtiges Zeugnis jüdischer Kultur auf dem Lande

Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern vor Ort bemüht sich die Amadeu Antonio Stiftung seit mehreren Jahren um die Rettung der Synagoge in der Reuterstadt Stavenhagen.

Stavenhagen ist ein kleiner Ort im Kreis Demmin in Mecklenburg-Vorpommern. Hier steht sie, die baufällige Synagoge, die ein Verein nun retten möchte. Wann das Backsteingebäude errichtet wurde, steht bis heute nicht genau fest, Expert/innen vermuten das Jahr 1820. Die ersten Spuren jüdischen Lebens in der Stadt lassen sich bis ins Jahr 1757 zurückverfolgen.

Synagoge vor ihrem endgültigen Verfall retten

In der Pogromnacht 1938 wurde die Stavenhagener Synagoge zerstört, der Toraschrein und weitere Einrichtungsgegenstände wurden vom antisemitischen Mob zerschlagen. Die vollständige Zerstörung wurde verhindert, da ein Anwohner das Feuer löschte, um seinen angrenzenden Besitz zu schützen. Die jüdische Gemeinde musste die Synagoge zwangsverkaufen, einigen Stavenhagener Juden gelang die Flucht ins Ausland, die meisten jedoch wurden in die Vernichtungslager deportiert, niemand kehrte nach Stavenhagen zurück. Die Synagoge wurde zweckentfremdet »genutzt«, bis 1950 als Tischlerei, danach war sie dem Verfall ausgesetzt. Anfang der 2000er nahm die Stadt Sicherungsmaßnahmen vor. Seit mehreren Jahren ist die Amadeu Antonio Stiftung bemüht, die Verantwortlichen vor Ort an einen Tisch zu bringen, um die Synagoge vor ihrem endgültigen Verfall zu retten. Der neu gegründete Verein »Alte Synagoge Stavenhagen« hat sich zum Ziel gesetzt, dieses wichtige Zeugnis jüdischer Kultur im ländlichen Raum zu erhalten.

Auseinandersetzung mit der Stavenhagener Lokalgeschichte

Dr. Heike Radvan, Referentin der Stiftung und Vorsitzende des Vereins, ist vor allem die Auseinandersetzung mit der Stavenhagener Lokalgeschichte wichtig. »Stadtgesellschaften, in denen konkret darüber diskutiert und erinnert wird, was zur Zeit des Nationalsozialismus geschah, wie aus Nachbarn ‚Juden‘ gemacht wurden und wer daran beteiligt war, haben heute einen aufmerksameren Umgang

mit Demokratiedefiziten als Kommunen, in denen über die Geschichte weitgehend geschwiegen wird«, erklärt sie. Wie die übrigen Vereinsmitglieder wünscht auch sie sich eine offene Debatte über den gegenwärtigen Zustand der



© Roland Rossner, Deutsche Stiftung Denkmalschutz, Bonn

Demokratie und das Problem des Rechtsextremismus in der Region. Momentan geht es jedoch zentral darum, das notwendige Geld zu sammeln, um in diesem Herbst mit dem ersten Bauabschnitt starten zu können. Einen nächsten Winter würde die Synagoge ohne Sicherung nicht überstehen.

Unterstützen Sie den Wiederaufbau der Synagoge mit einer Spende an die Deutsche Stiftung Denkmalschutz, die dem Verein Unterstützung zugesagt hat.

**Konto-Nr. 305 555 500, BLZ 380 400 07
Commerzbank AG Bonn,
Verwendungszweck »1007662X Synagoge
Stavenhagen«**

Auszug aus der Chronik in Mecklenburg-Vorpommern

Auch 20 Jahre nach den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen gibt es in Mecklenburg-Vorpommern noch immer eine enorme neonazistische Gewaltbereitschaft. Erschreckend ist dabei die Tatsache, dass es in diesem Jahr bereits mehrere koordinierte Anschläge auf Imbissbuden und Einrichtungen politisch Aktiver gegeben hat.

24. – 26. Juni, Schwerin

Innerhalb weniger Tage wurden an verschiedenen Imbissbuden in Schwerin die Wände mit Hakenkreuzen beschmierd; in einem Asia-Bistro wurde sogar ein Feuer gelegt.

7. Mai, Anklam

Eine 20-köpfige Gruppe verummter Neonazis hat mit Knütteln und Schlagringen mehrere Jugendliche angegriffen und verletzt.

7. Mai, Rostock

Auf das Kultur- und Bildungszentrum des Peter-Weiss-Hauses in Rostock wurde ein Anschlag verübt. Es kam zu erheblichen Sachbeschädigungen, so wurden Fenster eingeschmissen und Buttersäure im Gebäude verteilt.

5. Mai, Anklam

Unbekannte haben auf den »Demokratieladen« in Anklam einen Buttersäureanschlag verübt.

4. Mai, Greifswald

Auf das interkulturelle Wohnprojekt IKuWo in Greifswald wurde ein Anschlag verübt. Die Täter beschmierden die Fassade des Hauses mit brauner Farbe und versprühten Buttersäure.

10. März, Rostock

Eine Frau aus Togo und ihre Tochter sind in Rostock von zwei Männern wegen ihrer Hautfarbe rassistisch beschimpft worden. Als die beiden aus einem Supermarkt in Neu-Dierkow kamen, zeigten ihnen zwei Männer den Hitlergruß, drohten mit dem Ku-Klux-Klan und äußerten rassistische Parolen. Ein zu Hilfe eilender Mann wurde von den Tätern angegriffen und an Hand und Kopf verletzt.

16. Januar, Schwerin

Ein 28-jähriger Mann ist wegen Bedrohung einer schwarzen Frau in Haft genommen worden. Der Mann hat die Frau am Montag an einer Straßenbahnhaltestelle mit einem Messer bedroht und sie rassistisch beschimpft. Erst als eine ältere Dame eingriff, ließ der Täter von seinem Opfer ab.

MUT vor Ort gegen Rechtsextremismus



Foto: © Sahsine Ariker

Die Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« unterstützte auch im ersten Halbjahr 2012 wieder zahlreiche Projekte, die sich lokal gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagieren. Darunter auch die »Köfte Kosher« Projektstage in Bremen.

Bei dem bundesweiten Pilotprojekt trafen sich im April 2012 mehrere muslimische und jüdische Jugendliche, um sich intensiv mit Themen wie Rassismus, Antisemitismus, Muslimfeindlichkeit oder auch Homophobie zu beschäftigen. Der Titel des geförderten Projekts »Köfte Kosher« verbindet die Jugendlichen und ihre Religionsgemeinschaften dabei nicht nur symbolisch, sondern auch im wörtlichen Sinne. Ausgangspunkt war jeden Tag ein gemeinsames Mittagessen, welches sowohl kosher als auch halal war. Neben Workshops und Vorträgen über rechtsextreme Gewalt, rechte Symbole und Begrifflichkeiten berichteten die Teilnehmer dabei auch von eigenen Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen. Das Bewusstsein mit dieser Problematik nicht alleine zu sein und eine gegenseitige Stärkung der Jugendlichen ist aber nur ein Ziel dieser Projektstage. Das Projekt wollte auch das öffentliche Bewusstsein nachhaltig für rechte Gewalt sensibilisieren.

Sprayen gegen das Vergessen

Um den Todesopfern rechter Gewalt seit 1990 ein reales Gesicht zu geben, setzten sich die Jugendlichen ausführlich mit einzelnen Biografien der Ermordeten auseinander. Die Teilnehmer fertigten Graffitiablonen mit den Konturen der Todesopfer an und trugen diese auf ein ehemaliges Traföhäuschen, mitten im Bremer Steintorviertel auf. »Die Kinder finden es gut, dass sie selber aktiv sein können und sprayen dürfen« so Sahsine Ariker, eine der Initiatoren. Die mit kleinen Informationstafeln versehenen Opferportraits sollen eine Art »Gedächtnisstüte« im öffentlichen Raum hinterlassen.

Bestärkung der kulturellen Identität

Ziel des Projekts war es außerdem, die Jugendlichen in ihrer eigenen kulturellen Identität zu bestärken: »Wir wollen da nicht stehen bleiben: Wir wollen den Kindern Mut machen, ihr Selbstbewusstsein stärken und ihnen Zivilcourage beibringen«, betont die künstlerische Leiterin des Projekts. Die jüdischen und muslimischen Jugendlichen sind teilweise doppelt von Ausgrenzung betroffen, aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit und ihrem Migrationshintergrund. Gerade in diesem Kontext ist es umso bedeutender, gegenseitige Vorurteile und Diskriminierungen abzubauen und zu einem offenen und selbstbestimmten Miteinander zu ermutigen. Lokalpolitiker und Vertreter der jüdischen und muslimischen Gemeinde ließen es sich daher auch nicht nehmen, bei der von den Jugendlichen selbst moderierten Abschlusszeremonie vorbeizuschauen. Dabei wurde die Gedenkwanne eingeweiht und der Öffentlichkeit präsentiert.

Mit seinem kreativen Ansatz leistet dieses Projekt einen wichtigen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Problematik des alltäglichen Rassismus und der gruppenbezogenen Verachtung von Menschen. Der Plan von »Köfte Kosher« ist es in Zukunft auch in anderen Städten gegen das Vergessen zu sprayen.

Diana Bube



MUTIGE PROJEKTE UNTERSTÜTZEN
SPENDENKONTO »MUT GEGEN RECHTE GEWALT«
DEUTSCHE BANK BENSHEIM
BLZ 50970004 KONTO 030 331 329

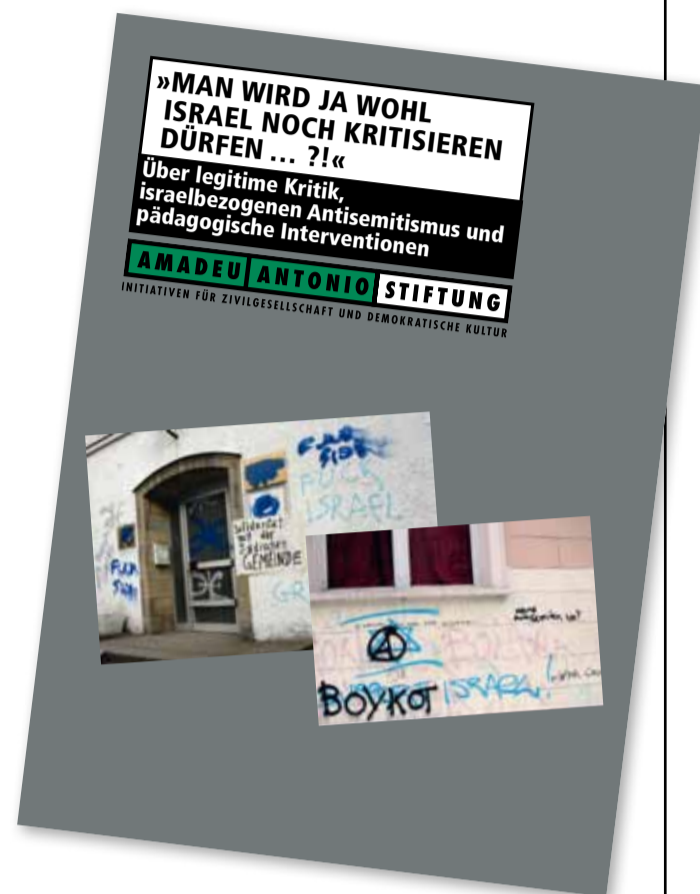
»MAN WIRD JA WOHL ISRAEL NOCH KRITISIEREN DÜRFEN ...?!«

Neue Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung zu israelbezogenem Antisemitismus erschienen

Die Debatte um das Gedicht »Was gesagt werden muss« von Günter Grass hat erneut verdeutlicht, wie sehr das Thema Israel und die Frage, wo Kritik aufhört und antisemitische Ressentiments anfangen, für hitzige Debatten sorgen. Vor diesem Hintergrund, den Entwicklungen im Nahostkonflikt und den Ergebnissen wissenschaftlicher Erhebungen wird deutlich, dass es im Interesse einer demokratischen (Diskussions-)Kultur, verstärkter Anstrengungen in der politischen Bildung bedarf. Es gilt Orientierungswissen zur Unterscheidung von »israelbezogenem Antisemitismus« und legitimer Kritik an Israel zu bieten.

Dabei muss es zum einen darum gehen dafür zu sensibilisieren, dass es in aktuellen Debatten zunehmend Artikulationsformen von Antisemitismus gibt, die durch ihre Formulierung als »Kritik« an israelischem Handeln vermeintliche Legitimität beanspruchen. Zum anderen muss der Verunsicherung begegnet werden, dass vermeintlich jede Kritik an Israel per se antisemitisch sei. Diesen Problemen nimmt sich eine neue Broschüre der Amadeu Antonio Stiftung an.

»Man wird ja wohl Israel noch kritisieren dürfen ...?!« - Über legitime Kritik, israelbezogenen Antisemitismus und pädagogische Interventionen bereitet die ersten Ergebnisse eines, durch das Bundesministerium für Familie, Frauen, Senioren und Jugend geförderten, Projektes der Amadeu Antonio Stiftung auf. Die Broschüre widmet sich jedoch nicht nur der Frage, was genau israelbezogener Antisemitismus ist und wie er sich äußert, sondern präsentiert u.a. auch die Ergebnisse und Erfahrungen, der im Rahmen des Projektes entwickelten, zweitägigen Workshops für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.



Jan Riebe

Staatliches Misstrauen für Demokratiearbeit

Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützte den Verein AKuBiZ bei seiner Klage gegen die Extremismusklausel vor dem Dresdener Verwaltungsgericht. Mit der schriftlichen Urteilsbegründung haben die Richter nun die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des Bekenntniszwangs bestätigt. Aber die nächste juristische Hürde ist bereits geplant.

Noch mal zur Erinnerung: Seit Oktober 2010 verlangt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder von allen Fördermittelpfägern ein schriftliches Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung. Darüber hinaus sollen staatlich geförderte Initiativen aber nicht nur ihre eigene Verfassungstreue bekunden, sondern auch Garantieerklärungen für ihre Partner abgeben.

Gegen diese Regelung klagte das »Alternative Kultur- und Bildungszentrum Sächsische Schweiz e.V.« (AKuBiZ). Vor, während und nach dem Prozess zeigten sich viele Organisationen und Vereine, die sich täglich für eine lebendige Demokratie engagieren, solidarisch mit AKuBiZ und unterstützten die Klage. Auch die Amadeu Antonio Stiftung begleitete die

Verhandlung. Denn »die Erklärung ist in ihrer Beliebigkeit nicht nur ein Symbol des Misstrauens, sondern auch eine Androhung der permanenten Kontrolle bis hin zur Drohung der Mittelrückforderung«, so Timo Reinfrank, Stiftungskoordinator. Viele gemeinnützige Vereine haben seit Bestehen der Klausel mit prekären Umständen zu kämpfen und fühlen sich pauschal unter Verdacht gestellt. Das Urteil kann jedoch nur als Teilerfolg gewertet werden. Und selbst dieser wird mit dem geplanten »Jahressteuergesetz 2013« noch relativiert. So soll in Zukunft die bloße Erwähnung in einem Verfassungsschutzbericht reichen, um Vereinen den Status ihrer Gemeinnützigkeit, und damit ihre finanzielle Existenz, zu entziehen. Der geringste Verdacht kann das sofortige Aus für viele Demokratievereine bedeuten. Somit öffnet das Gesetz bereitwillig die Tür für Willkür und überträgt die Aufsicht über das Vereinswesen damit ausgerechnet dem Geheimdienst. Jene Behörde, welche bei den Ermittlungen zur rechts-extremen Mordserie durch den NSU so kläglich versagt hat und aktuell unglaubliche Pannen und Skandale offenbart.

Diana Bube



© Robert Kusche

»WIR ARBEITEN AN DER BELASTUNGSGRENZE«

Mit der Gründung der Beratungsstelle BACK UP in Nordrhein-Westfalen wird Betroffenen rechter Gewalt eine professionelle und solidarische Unterstützung geboten, die deren Bedürfnisse und Ängste ernst nimmt. Wir sprachen mit Claudia Luzar, Leiterin von Back-Up.



Back-Up ist die jüngste Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt in Deutschland. Lange Zeit gab es in NRW keine vergleichbare Einrichtung. Wie kam es dazu, dass nun doch eine Opferberatungsstelle eingerichtet wurde?

Die Opferberatung in NRW fußt auf einer Initiative von Professor Wilhelm Heitmeyer, mit dem ich gemeinsam am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld das Konzept für Back-Up entwickelt habe. Die Vorgeschichte ist eine Studie über die rechtsextreme Szene in Dortmund, die wir bereits 2008 erstellt haben. Darin kamen wir auch zu dem Ergebnis, dass es in der Stadt – und darüber hinaus in ganz NRW – ein massives Problem mit rechtsextremem Gewalt gibt, sich aber niemand um die Opfer kümmert. Das liegt auch daran, dass Polizei und Justiz im Umgang mit rechtsextremem Gewalt grundsätzlich schnell an ihre Grenzen stoßen, und dass die Politik in NRW dieses Problem damals nicht erkannt hat. Jedenfalls haben wir über die Universität Bielefeld und die Stadt Dortmund später die Landeszentrale für politische Bildung als Partner für diese erste Beratungsstelle für Opfer rechtsextremem Gewalt in NRW gewinnen können. Bis Oktober vergangenen Jahres hat es dann gedauert, bis wir unsere Arbeit aufnehmen konnten.

Dortmund-Dorstfeld ist in jüngster Zeit häufig in den Schlagzeilen als rechtsextreme Hochburg NRW's. Was ist los in diesem Stadtteil? Dorstfeld steckt mitten im Raumkampf einer äußerst gewaltbereiten lokalen Neonaziszene aus Autonomen Nationalisten und der traditionellen Kameradschaft »Skinhead-Front Dorstfeld.« Viele Mitglieder beider Gruppen, die landesweit aktiv und führend sind, leben hier. Und indem sie sich breit machen, auch mit eigenen Familien, versuchen sie Menschen zu vertreiben, die nicht in ihr nationalsozialistisches Weltbild passen: Vor allem Migranten und Andersdenkende sind das Ziel ihrer Angriffe und eines täglichen Psychoterrors. Die Neonazis verbreiten dort Angst, um am Ende die Deutungshoheit über den Stadtteil Dorstfeld zu bekommen. Aber Dorstfeld ist nicht der einzige Schwerpunkt ihres Raumkampfes im Ruhrgebiet. Dieser tobt im gesamten Dortmunder Westen, auch im nahen Bochum-Langendreer, wo zuletzt ein Neonazi wegen eines brutalen Überfalls auf einen Sehbehinderten zu über zwei Jahren Haft verurteilt wurde. Wir erkennen ähnliche Probleme in Waltrop, im Essener Norden, im Kreis Unna, Hamm und Siegen, vor allem aber auch in Aachen und Wuppertal. Besonders die Autonomen Nationalisten haben in NRW in den vergangenen Jahren für eine Verdoppelung der rechtsextremen Gewalttaten gesorgt. Aber wir erfahren auch täglich, dass Opferberatung diesem Raumkampf entgegenwirkt.

Back-Up hat es sich zur Aufgabe gemacht Opfer rechter Gewalt zu beraten und zu unterstützen. Wie ist die Resonanz?

Die Nachfrage ist enorm. Vom ersten Tag an arbeiten wir an der Belastungsgrenze. In den ersten acht Monaten haben wir fast 60 Opfer rechtsextremem Gewalt in diesem einwohnerstärksten Bundesland betreut. Aber wir spüren täglich, dass das Dunkelfeld sehr viel größer ist, wir die allermeisten Opfer rechtsextremem Gewalt also gar nicht erreichen. Das liegt zum einen daran, dass die meisten von ihnen leider keine Strafanzeige gegen ihre Angreifer stellen. Es liegt aber auch daran, dass wir nicht genügend Personal haben, um diesen riesigen Raum abzudecken. Denn immerhin leben in NRW mehr Menschen als in gesamt Ostdeutschland.

Welche Hindernisse stehen der Arbeit gegen Neonazis in NRW entgegen?

Zunächst einmal sitzen wir nicht nur in Dortmund, weil die Stadt ein besonderes Problem mit rechtsextremem Gewalt hat. Sondern auch, weil sie ziemlich genau in der Mitte von NRW liegt. Denn hier sind die Wege weit und zeitaufwändig. So liegt unser größtes Problem in der knappen personellen Ausstattung und Finanzierung, die noch dazu im September dieses Jahres ausläuft. Das heißt, wir arbeiten mit zu wenigen Leuten, und das auch noch in völliger Ungewissheit. Das ist unerträglich. Die Arbeit wird – vor allem im ländlichen Raum – zusätzlich erschwert, weil sich dort noch kein Bewusstsein für rechtsextremem Gewalt durchgesetzt hat. Im Ruhrgebiet wandelt sich das. Vor allem in Bochum und Dortmund, in der Politik, bei den Gerichten und auch bei der Polizei, die in einem rasanten Lernprozess steckt. Auch die neue Landesregierung betont in ihrem Koalitionsvertrag, wie wichtig ihr die Opfer rechtsextremem Gewalt sind. Das ist ein hoffnungsvolles Zeichen, und wir erwarten, dass es zu einer größeren Unterstützung von Back-Up führt.

Das Interview führte Ulla Scharfenberg

CURA

OPFERFONDS RECHTE GEWALT

IHRE SPENDE FÜR DEN OPFERFONDS CURA

SPENDENKONTO DER AMADEU ANTONIO STIFTUNG:

DEUTSCHE BANK BENSHEIM

BLZ 50970004 KONTO 030331300

EIN MENSCH IST DOCH KEIN SCHNELLIMBISS!

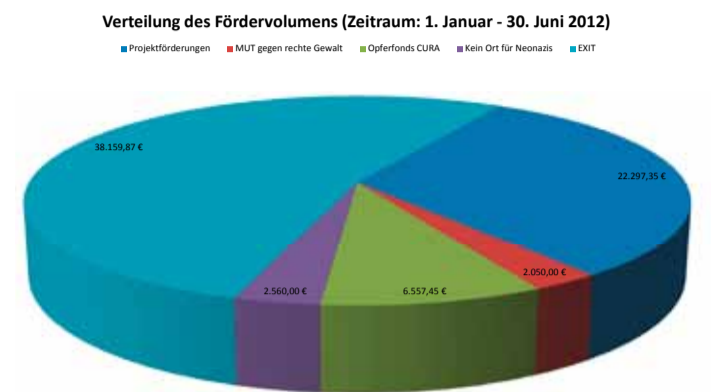
Das Unwort »Dönermorde« ist nur ein Beispiel unter vielen, das zeigt, wie viel Macht die Sprache für gesellschaftliche Ein- und Ausgrenzungsprozesse hat. Die Amadeu Antonio Stiftung fördert zwei Projekte, die eine Grundlage für eine rassismuskritische Berichterstattung schaffen wollen.

»Wären Sie gern ein Döner?«, diese Frage würde wohl niemand bejahen. Die Opfer der rassistischen Mordserie des »Nationalsozialistischen Untergrunds« hätten sie ebenfalls verneint, hätten sie die Möglichkeit dazu gehabt. Und dennoch: Deutsche Medien erklärten in den vergangenen Jahren neun Menschen zum Fast-Food, als sie die Taten des damals noch unbekanntem Neonazi-Trios als »Dönermorde« bezeichneten. Das Unwort »Dönermorde« ist nur ein Beispiel unter vielen, das zeigt, wie viel Macht die Sprache für gesellschaftliche Ein- und Ausgrenzungsprozesse hat. Medien haben dabei eine besonders große Verantwortung. Es ist von entscheidender Bedeutung für das soziale Zusammenleben, für Integration und die Prävention von Diskriminierung, wie über bestimmte Gruppen von Menschen berichtet wird.

»Wären Sie gern ein Döner?«

»Wären Sie gern ein Döner?« steht auch auf dem Faltblatt der Erfurter Projektgruppe »FremdWort«. Fünf Studentinnen und ein Student ärgerten sich so sehr über die häufig rassistische Sprache der Medien, dass sie eine Initiative ins Leben riefen, um für das Thema »Mediale Stereotypisierung von ethnischen Gruppen« zu sensibilisieren. »Unser Ziel soll es sein, in Zusammenhang mit den aktuellen Debatten um Rechtsterrorismus und Fremdenfeindlichkeit in der Gesellschaft, auf den Umgang mit stereotypen Darstellungen ethnischer Gruppen in der journalistischen Berichterstattung aufmerksam zu machen«, erklärt die Gruppe ihre Motivation. Journalistinnen und Journalisten soll damit zudem die Möglichkeit gegeben werden, eine Alternative zum »ethnozentristischen Schreiben« zu finden und eine vorurteilsfreie Berichterstattung gewährleisten zu können.

Projektförderung 2012 Eine Zwischenbilanz



Im Jahr 2012 konnte die Amadeu Antonio Stiftung bisher 37 verschiedene Projekte und Einzelpersonen unterstützen. Hauptbestandteil der Ausgaben waren Projektförderungen. 25 verschiedene Initiativen gegen Neonazismus und für demokratische Kultur wurden mit insgesamt ca. 22.300 Euro gefördert. In Kooperation mit dem Magazin *stern* wurden besonders mutige und innovative Jugendprojekte mit 2050 Euro gefördert. In Mecklenburg-Vorpommern wurden im Rahmen der Initiative »Kein Ort für Neonazis« Projekte mit 2.560 Euro unterstützt. Opfer rechtsmotivierter Gewalttaten erhielten mit Hilfe des Opferfonds CURA Unterstützung in Höhe von ca. 6.550 Euro. Darüber hinaus fördert die Stiftung das Aussteigerprogramm EXIT, das Neonazis Hilfe beim Weg aus der Neonazi-Szene bietet dieses Jahr mit 38.159,87 Euro.

Damit wir auch zukünftig innovative Projekte unterstützen können, sind wir auf Ihre Spenden angewiesen. Vielen Dank für Ihre Hilfe!

Leitfaden für eine rassismuskritische Sprache

Neben dem Projekt »FremdWort« fördert die Amadeu Antonio Stiftung noch ein weiteres Projekt, das sich mit einer ähnlichen Thematik beschäftigt. Der Verein »Öffentlichkeit gegen Gewalt« will einen Leitfaden für eine rassismuskritische Sprache für Journalistinnen und Journalisten erarbeiten. Denn Sprache ist kein neutrales Instrument zur Benennung einer Wirklichkeit, sondern kann Ausgrenzung und Diskriminierung reproduzieren. Ein Beispiel ist die Umschreibung eines rassistischen Angriffs als »Fremdenfeindlichkeit«. Mitnichten handelt es sich bei den Opfern eines rassistischen Angriffs um »Fremde«, vielmehr werden sie durch die Bezeichnung »Fremdenfeindlichkeit« zu solchen gemacht. »Was hier geschieht, ist eine symbolische Ausbürgerung«, so die Meinung der Projektgruppe. »Um dies künftig



© flickr, mkorsakov

zu verhindern und die Grundlage für eine rassismuskritische Berichterstattung zu schaffen, soll mit diesem Leitfaden Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit geleistet werden.«

Anna Brausam und Ulla Scharfenberg

... BEI MEHMET DAIMAGÜLER

Mehmet Daimagüler vertritt im Prozess gegen die Zwickauer Terrorzelle Angehörige der Opfer. Mit seinem Buch »Kein schönes Land in dieser Zeit« hat Mehmet Daimagüler die Antithese zu Sarrazins »Deutschland schafft sich ab« geschrieben. Er kritisiert »das weder ehrliche noch lösungsorientierte Integrationsgequatsche« in Deutschland. Wir sprachen mit ihm über die Opfer des NSU, institutionellen Rassismus, die NPD und Thilo Sarrazin.

Sie vertreten als Anwalt die Angehörigen der NSU-Opfer. Wie geht es den Familien?

Man hat diesen Menschen nicht erlaubt, Opfer zu sein, weil man sie selbst der Morde verdächtigt hat. Sie haben einen Angehörigen verloren, einen Vater, einen Sohn, und mussten aus der Zeitung erfahren, dass ihre Angehörigen des Drogenhandels verdächtigt würden. Erst nach dem Aufdecken der Zwickauer Terrorzelle wurde ihnen das Opfersein zugebilligt. Dazu kamen eine ganze Reihe anderer Probleme, zum Beispiel wirtschaftlicher Natur. Die Ernährer waren nicht mehr da. Das hat viele Familien in Armut und Verzweiflung gestürzt.

Sie beklagen den institutionellen Rassismus in Deutschland. Können Sie das vor dem Hintergrund der NSU-Mordserie genauer erklären?

Das Versagen der Sicherheitsbehörden sowie die Einschätzungsfehler und Koordinationsprobleme zwischen Verfassungsschutz und Polizei ist unbestritten. Aber die Frage nach einem institutionellen Rassismus wurde bislang in Deutschland nicht aufgeworfen. Ich frage mich, ob es nicht auch einzelne Beamte gibt, die selber rassistisch eingestellt sind und weggesehen haben. Dass diese Frage in Deutschland bislang nicht gestellt worden ist, finde ich erstaunlich. Schon allein deswegen, weil beispielsweise bei dem Mord in Kassel in einem Internetcafé ein Beamter des Landesamts des Verfassungsschutz im Nachbarzimmer anwesend war und dieser Mann in seinem Ort bekannt war als »Klein-Adolf«. Dabei kann es sich um einen Zufall handeln, aber vielleicht aber auch nicht. Deswegen will ich, dass die Frage nach institutionellem Rassismus auf politischer und juristischer Ebene gestellt wird.



Foto: privat

Sehen Sie eine Möglichkeit, institutionellem Rassismus entgegenzuwirken?

Wir sollten eine regelmäßige Überprüfung unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten vornehmen. Aber auch Aufklärung und Weiterbildung betreiben. Man muss die Beamtinnen und Beamten ermutigen, dem Korpsgeist zu widerstehen und aktiv zu werden, wenn sie sehen, dass es schwarze Schafe unter ihnen gibt. Das ist sicherlich schwierig, aber wenn man sie nicht ermutigt, wird sich nichts ändern.

Es scheint manchmal, als hätte die Polizei in vielen Fällen kein ernsthaftes Interesse daran, rechtsextrem motivierte Taten aufzuklären?

Ich glaube, dass Menschen, die sich gegen Rassismus engagieren, über diese Vorgänge nicht überrascht sind. Wir müssen doch einfach zugeben, dass wir generell und vor allem in den letzten zehn Jahren die Augen verschlossen haben vor dem Rassismus und seinen Folgen in Deutschland. Zum Teil aus Desinteresse und zum Teil mit

Kalkül. Rassismus in den staatlichen Institutionen wurde erst recht nicht thematisiert. Weder vom Bundesinnenminister noch von den Landesinnenministern. Aber es wird langsam Zeit, dass diese Fragen gestellt werden. Dieses Land hat eine lange Geschichte im Kampf gegen Linksextremismus. Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass es blind auf dem rechten Auge ist.

Welche Auswirkungen könnte ein NPD-Verbot ihrer Meinung nach auf die rechtsextreme Szene haben?

Zunächst einmal hat es Auswirkungen auf Staat und Gesellschaft. Auswirkungen auf die Menschen, die begreifen, dass wir keine offene rassistische Partei dulden, die unter dem Deckmantel der Demokratie ihr Unwesen treibt. Ich möchte, dass den NPD-Leuten die Maske des Pseudo-Demokratischen vom Gesicht gerissen wird, damit auch gerade die jungen Leute verstehen mit wem sie es zu tun haben.

Welche Gefahr sehen Sie in rechtspopulistischen Thesen à la Sarrazin für eine demokratische Gesellschaft?

Thilo Sarrazin demonstriert, dass es einen Extremismus der Mitte gibt, der den Konsens der Demokraten sofort zusammenfallen lässt. Wenn von der NSU-Mordserie gesprochen wird, sind sich alle über dessen Abscheulichkeit einig. Aber wenn man vom Ursprung des Rassismus der Täter spricht, dann vergessen viele, dass Gesinnungen nicht vom Himmel fallen, wie es Richard von Weizsäcker einmal gesagt hat. Ich behaupte nicht, dass Zwickau und Sarrazin im Zusammenhang stehen. Zwickau wurde von anderen Protagonisten in den 1980/90er Jahren geschaffen. Wir als Gesellschaft müssen zusammenfinden, um Sarrazins pseudo-intellektuellen Rassismus zu entblößen, bevor dieser Extremismus der Mitte irgendwann dazu führt, dass Minderheiten glauben, den vermeintlichen Willen der Mitte vollstrecken zu müssen. Wir müssen Sarrazins Thesen als das bezeichnen was sie sind: Rassistisch.


Das Interview führten Antonia Oettingen und Anna Brausam

IHRE SPENDE HILFT!

Die Pogrome von Rostock-Lichtenhagen liegen zwei Jahrzehnte zurück. Während wir der Geschehnisse von damals gedenken, dürfen wir die Gegenwart nicht aus den Augen verlieren. Rassismus, Antisemitismus und rechte Gewalt sind leider immer noch präsent und schaffen in manchen Regionen ein Klima der Angst und Ohnmacht. Umso wichtiger ist es daher, die Zivilgesellschaft zu stärken und engagierte Menschen vor Ort zu ermutigen und zu unterstützen. Mit Ihrer Spende ermöglichen Sie die nachhaltige Förderung einer demokratischen Kultur.

**Spendenkonto der Amadeu Antonio Stiftung
Deutsche Bank Bensheim BLZ 50970004 Konto 030331300**

I M P R E S S U M

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139, 10115 Berlin
Redaktion: Anna Brausam, Diana Buhe,
Ulla Scharfenberg
Mitarbeit: Matthias Goedeking, Anna Groß,
Susanna Harms, Anetta Kahane (Vi.S.d.P.),
Robert Lüdecke, Judith Rahner und Timo
Reinfrank
Gestaltung:  Design, Berlin
Druck: BildrDruck GmbH, Berlin
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem FSC-Papier
© Amadeu Antonio Stiftung, Juli 2012